

## „Unsensibler geht es nicht“

Zum Thema „Interkommunales Gewerbegebiet in Bergbronn“:

Mit dem Slogan „Ein Platz an der Sonne – in unserer schönen und landschaftlich reizvollen Gemeinde Fichtenau. Sie sind noch auf der Suche nach einem passenden Bauplatz und träumen vom Wohnen im Grünen an ruhiger Ortsrandlage?“ wirbt Fichtenau auf der Gemeinde-Homepage.

An die Verantwortlichen: Diese Werbung ist für mich und andere Bergbronner ein Schlag ins Gesicht. Unsensibler geht es nicht mehr.

Fichtenau wird immer attraktiver, während man nach dem Sankt-Florians-Prinzip das, was die eigenen Bürger und mancher Gewerbetreibende in Neustädtlein nicht wollen, ganz einfach nach Bergbronn verlagert.

Fichtenau bietet einen Platz an der Sonne und wir verlieren?

- ein ausgewiesenes Naherholungsgebiet
- beste landwirtschaftliche Nutzfläche und saftige Wiesen
- Lebensqualität durch noch mehr Lärm, Verkehr und Umweltverschmutzung

Ich habe Verständnis für die Bewohner von Neustädtlein, aber wer hat Verständnis für uns. Wer hilft uns?

Irene Reu, Bergbronn



Der geplante interkommunale Gewerbepark der Gemeinden Kreßberg und Fichtenau in Bergbronn ist in der Bevölkerung äußerst umstritten.

Foto: Jens Sitarek

## „Die Unterstützung des Gemeinderats lässt hoffen“

Zum Artikel „Neues Profulfach im Anmarsch“ (HT vom 6. April):

Im HT wurde über das Profulfach Informatik/Mathematik/Physik, kurz auch IMP genannt, berichtet. Wie dort dargestellt, wäre die Einführung dieses Fachs am Lise-Meitner-Gymnasium wie dem Albert-Schweitzer-Gymnasium eine sehr gute Möglichkeit, Schüler mit Interesse an diesen Fächern gezielt zu fördern. Die Unterstützung des Gemeinderats mit klarer Mehrheit für die Einführung des Fachs an beiden Schulen lässt hoffen, dass das RP guten Unterricht an den Crailsheimer Gymnasien fördert, indem es beiden Anträgen zustimmt.

Die Inhalte des Faches IMP wurden im Artikel folgendermaßen beschrieben: „Im Fokus von IMP steht die Informatik, ergänzt durch Inhalte aus Mathematik und Physik.“ Hierzu ist festzustellen, dass der vorläufige Bildungsplan zum Fach IMP den drei Fächern je gleichen Stundenumfang innerhalb des Fachs zuordnet.

Der Bildungsplan ist für jede Klassenstufe in getrennte Blöcke zu jeder Einzelwissenschaft aufgeteilt. Innerhalb des Physikblocks gibt es in jeder Klassenstufe einen Unterabschnitt mit dem Titel „Erde und Weltraum“, durch den das Fach Astronomie in den Unterricht integriert wird.

Das Fach IMP bietet Möglichkeiten der Vernetzung zwischen drei gleichgewichtigen Säulen.

Sicherlich sind die Inhalte des Bildungsplans aufeinander bezogen, allerdings nicht durch eine einseitige Orientierung auf die Informatik hin. So nützt die Behandlung von Ellipsen und Hyperbeln in Mathematik dem Informatiker wenig, sehr wohl aber dem Astronomen, der diese Strukturen nutzt, um die Bewegung von Planeten und Satelliten

zu beschreiben. Im Unterrichtsblock zur Physik innerhalb IMP gibt es die Möglichkeit, die Bewegungsgesetze der klassischen Mechanik vertiefend zu behandeln. Man kann beispielsweise die Bewegung eines frei fallenden Körpers von Schülern filmen lassen und die Filme im Informatikraum quantitativ auswerten.

Es ist eine Stärke des vorläufigen Bildungsplans für das Fach IMP, viele Möglichkeiten der Vernetzung zwischen drei gleichgewichtigen Säulen anzubieten.

Nur Informatik wäre einseitig Ziel des Unterrichts im Fach IMP wird es sein, diese fachübergreifenden Querbezüge sinnvoll auszunutzen. Es würde dem Fach schaden, wenn der Eindruck entstünde, hier werde einseitig nur das Fach Informatik als vierstündiges Kernfach unterrichtet. Im Fokus des Fachs stehen Bildungsziele aus Physik, Mathematik und Informatik. Matthias Penselin, Schwäbisch Hall, Lehrer am ASG

## „Selektive Wahrnehmung der Landtagspräsidentin“

Zum Artikel „Ich habe keine Feigenblattfunktion“ (HT vom 13. März):

Zur selektiven Wahrnehmung der Landtagspräsidentin Aras sei angemerkt, dass auch Alterspräsident Kuhn seinerseits kaum Applaus von der grünen Fraktion erhielt. „Einer neu gewählten Präsidentin zu applaudieren, halte ich für angezeigt.“ So kommentiert Mutterer Aras die Applausenthaltung der AfD-Landtagsfraktion nach ihrer Wahl zur Landtagspräsidentin.

Anscheinend war die Wahl ein solch einzigartiges Erlebnis, dass Frau Aras den restlichen Tag weitgehend ausgeblendet hat.

Ganz genauso gehört es in Parlamenten nämlich zum guten Ton, dem Alterspräsidenten nach seiner Eröffnungsrede zu applaudieren. Und siehe da: Wenn wir etwas weiter im Protokoll der konstituierenden Landtagssitzung zurückgehen, finden wir eine hervorragende und auf Ausgleiche bedachte Rede des damaligen Alterspräsidenten Dr. Heinrich Kuhn (AfD).

Anschließend lesen wir die Worte, es habe nur „vereinzelt Beifall bei den Grünen“ gegeben. Ich weiß noch genau, dass dieser auf einige wenige Abgeordnete der vordersten Reihen beschränkt war. Aus genau diesem Grund hat sich unsere Fraktion anschlie-

ßend dagegen entschieden, einer Präsidentin aus der grünen Fraktion zu applaudieren. Von den Abgeordneten der SPD hatte es übrigens gar keinen Applaus für Dr. Heinrich Kuhn gegeben. Dennoch hält es Frau Aras nicht für nötig, deren Kinderstube zu kommentieren.

Es gibt sicherlich wichtigere Debatten im Land. Weil Frau Aras aber permanent unser Applausverhalten anspricht, möchte ich endlich einmal richtigstellen, wie der damalige Ablauf war. Andere Ursachen lagen nicht vor, und mit Frau Aras persönlich hatte es erst recht nichts zu tun.

Anton Baron, Niedernhall, AfD-Landtagsabgeordneter

## „Wichtige Kooperationspartner sind in der Nähe“

Zum Artikel „Wird Kindergarten zum Streitfall?“ (HT vom 17. April):

Es ist uns wichtig zu ergänzen, dass für uns nicht allein die Nähe zur Johanneskirche für den Beibehalt des bisherigen Standorts spricht. Mindestens genauso wichtig ist uns die Möglichkeit, dass die Kinder den Spitalpark

und das Gelände am Trutenbach als Spiel- und Erfahrungsorte in unmittelbarer Nähe haben.

Außerdem befinden sich für uns wichtige Kooperationspartner in der Nähe, wie die Stadtbücherei und das Stadtmuseum. Außerdem halten wir den Standort an der Schönebürgstraße für die Gesundheit der Kinder für sehr

viel belastender als den jetzigen Standort.

Die ausführliche Stellungnahme, die wir zu dieser Frage abgegeben haben, kann gerne in voller Länge beim Dekanat angefordert werden.

Pfarrer Uwe Langsam, Dekanin Friederike Wagner, beide Crailsheim

## „Welch eine verdrehte Politik wird hier betrieben?“

Zum Artikel „Giftherkunft nicht nachweisbar“ (HT vom 4. April):

Die Schlagzeilen auf der Titelseite des Hohenloher Tagblatts reißen nicht ab: „20 Länder weisen russische Diplomaten aus“ (27. März), „Galloway bestätigt, dass die Nato schickt Russen nach Hause“ (28. März) oder „Gift-Herkunft nicht nachweisbar“ (4. April).

Auch bis zum heutigen Tag konnte Großbritannien keine zweifelsfreien Belege für eine Beteiligung Russlands am Fall Skripal vorlegen.

Zunehmend gibt es daher auch in Großbritannien namhafte Gegenstimmen, die leider in unseren Medien kaum veröffentlicht werden: Der britische Politiker George Galloway bestätigt, dass das Vereinigte Königreich keine ernsthafte und unparteiische Untersuchung der Vergiftung von Skripal und seiner Tochter durchgeführt hat.

„Soweit ich sehen kann, gibt es keine Untersuchung. Das Urteil wurde vor Beginn der Untersu-

chung gefällt, und ich denke, es gibt keine Untersuchung, weil die Ergebnisse jeder ernsthaften wissenschaftlichen Untersuchung zeigen würden, dass die Anschuldigungen gegen Russland unbegründet sind. [...] Ich glaube nicht, dass Russland für diese Tat verantwortlich ist.“

Warum eigentlich tritt die Kanzlerin elementare Rechtsgrundsätze mit den Füßen?

Trotzdem ließ die Bundesregierung russische Diplomaten ausweisen und erklärte damit Russland für schuldig. Bei einem Besuch in Warschau forderte Frau Merkel sogar, dass Russland nun seine Unschuld beweisen müsse. Welche eine verdrehte Politik wird hier betrieben?

Der CDU-Politiker Willy Wimmer, der dem deutschen Bundes-

tag 33 Jahre lang angehört hat, kommentiert diese Verdrehung der Kanzlerin wie folgt: „Nichts macht deutlicher als diese verräterische Überlegung der deutschen Bundeskanzlerin, dass Deutschland als europäischer Rechtsstaat abgedankt und sich voll auf die angelsächsische Linie des Rechtsverständnisses begeben hat.“

Unschuldsvermutung gilt nicht Das, was die Bundeskanzlerin in Warschau von sich gegeben hatte, bedeutet eines. Es gilt nicht mehr die Unschuldsvermutung und die Beweislast wird umgekehrt. Seit römischen Zeiten hat sich in Europa, jedenfalls auf dem Kontinent, als zentraler Rechtsgrundsatz herauskristallisiert, Beweise für eine Behauptung vorzulegen und jemanden bis zur rechtskräftigen Verurteilung als unschuldig anzusehen.“

Warum eigentlich tritt die Kanzlerin elementare Rechtsgrundsätze mit Füßen? Klaus Weber, Schrozberg

## „80 Arbeitsplätze oder doch nur 15?“

Zum Thema „Steinbruch in Bölgental“:

Die Firma Schön + Hippelein redet in der Öffentlichkeit vom Verlust von 80 Arbeitsplätzen, wenn der Steinbruch in Bölgental nicht realisiert wird. Die Existenz der Firma steht auf dem Spiel.

Ich habe mich umgehört und Erkundigungen über die Zahl der Beschäftigten in mehreren Steinbrüchen eingeholt. Im Durchschnitt sind es inklusive der kaufmännischen Angestellten zwischen 10 und 15 Mitarbeiter. Hier

wird absichtlich versucht, der Bevölkerung ein schlechtes Gewissen einzureden!

Der über Herrn Hippelein „angestellte“ Herr Ulmer hat sich beim Infoabend in der Sporthalle Gröningen negativ über das Feinstaubplakat ausgelassen. Er fand das übertrieben. Die überzogene Anzahl von 80 Arbeitsplätzen hingegen, darüber hat er kein Wort verloren. So viel zur Neutralität, die er wahrnehmen soll.

Da fällt mir zum „unabhängigen Moderator“ nur ein Sprichwort ein: Beiß nicht die Hand, die

dich füttert“. Übrigens, in der Baubranche wird händeringend nach Personal gesucht, sodass man davon ausgehen kann, dass die vermeintlichen 15 Arbeitsplätze an anderer Stelle aufgefangen werden könnten. Dafür würde der Bevölkerung und der Natur über mindestens 25 Jahre eine erhebliche Belastung erspart bleiben.

Abschließend ist es traurig, dass wir auch hier schon so weit sind, dass die Bevölkerung von Firmenchefs mit „Fake News“ in die Irre geführt werden soll.

Matthias Hintz, Satteldorf

## „Unsere Gewählten sind nicht für uns“

Zum Artikel „Ein Steinchen zu mehr Sachlichkeit“ (HT vom 13. April):

Die Verniedlichung des „Steinchen“ bringt mich zum Schreiben dieses Artikels. Mir liegt schon ein großer Stein auf der Seele. Wozu juristische Gutachten? Wozu Termin mit einem Fachanwalt? Wer braucht dieses Wissen? Doch nur der, der die Ausführung des Steinbruchs wünscht. Geht es nicht darum, sich um das Anliegen derer zu be-

mühen, die den Steinbruch ablehnen und warum sie das tun? Und warum so viele – 30 Prozent – dagegen sind? Auch wir gehören zu den 30 Prozent. Alle, die zu uns in den Garten kommen, fragen gleich. „Hört ihr die Autobahn immer so?“ Unsere Antwort: „Ja, immer. Je nach Wind mal mehr mal weniger laut.“ Wir haben keine „Stille“ zu Hause.

Nun soll auch noch ein Steinbruch dazukommen? Noch mehr Lärm und Dreck? Uns reicht es

wirklich. Was ist daran nicht zu verstehen? Unsere Gewählten, Bürgermeister und Gemeinderäte, sollten „unser Sprachrohr“ sein und entsprechend handeln. Sie sollten doch uns verstehen und uns vertreten? Wir haben den Eindruck, sie sind nicht „für uns“. Es zählen andere Werte.

Es geht doch um Lebensqualität hier in dieser Gemeinde, wo wir alle zusammen leben wollen. Maria und Rupert Miksch, Gröningen